



## GLBV

# Polizeiarbeit ist keine Jedermann-Aufgabe!

**Mitte Oktober machte eine Nachricht aus Haldensleben (Landkreis Börde) im Land die Runde und sorgte für ein unterschiedliches Echo bei Parteien und Gewerkschaften.**

Die in Haldensleben diskutierte Idee, mit freiwilligen Bürgerstreifen für mehr Sicherheit und Ordnung zu sorgen, hat auch die GdP nicht kaltgelassen. In der Vergangenheit wurden solche Überlegungen in Sachsen-Anhalt immer mal laut geäußert und nach Abwägung aller Faktoren schnell wieder fallengelassen.

In insgesamt fünf Bundesländern sind „Freiwillige Polizeihelfer“ unterwegs. Baden-Württemberg arbeitet seit 1963 mit solchen ehrenamtlichen Kräften, Bayern setzt seit 1996 in zahlreichen Städten eine „Sicherheitswacht“ ein, 1998 startete die „Sächsische Sicherheitswacht“ und 2000 stellte schließlich Hessen seine ersten freiwilligen Polizeihelfer vor. Vor einem halben Jahr begannen auch in Niedersachsen verschiedene

Pilotprojekte. Der Freiwillige Ordnungs- und Streifendienst soll die Städte und Gemeinden bei der Wahrnehmung ihrer Aufgaben unterstützen und die Präsenz der Ordnungsbehörden im öffentlichen Raum verbessern.

In einem Gespräch mit dem Bürgermeister der Stadt Haldensleben, Herrn Eichler, und seinem Dezernenten, Herrn Otto, am 7. November 2007 versuchten der stellvertretende Vorsitzende der GdP, Koll. Jürgen Naatz, und Koll. Uwe Petermann vom Geschäftsführenden Landesbezirksvorstand (GLBV) die Motivation der Stadtväter von Haldensleben in Erfahrung zu bringen. Beide erläuterten auch die Position der GdP.

„Zwangsmittel, Eingriff in die Grundrechte, Schusswaffenge-

**„Wir erwarten von den Politikern eine klare Ablehnung der freiwilligen Bürgerstreifen oder einer Bürgerwehr“**

brauch, Kompetenz bei Konfliktlösungen und Weiteres mehr dürfen nur in die Hände von ausgebildeten Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamten gelegt werden. Es ist eine alt bekannte Tatsache, dass aus jedem Streifengang ein polizeilicher Einsatz erwachsen kann. Offensichtlich wollen die Politiker ihren Bürgern eine vermeintliche Sicherheit vorgaukeln. Polizeiarbeit ist keine Jedermann-Aufgabe, sondern eine hochqualifizierte Tätigkeit. Es geht letztlich um die Wahrung der Grundrechte.“

Jürgen Naatz sprach Klartext: „Wir erwarten von den Politikern eine klare Ablehnung der freiwilligen Bürgerstreifen oder einer Bürgerwehr.“

Im Übrigen merkten die Vertreter der GdP an, dass der Aufwand bei der Auswahl, der Ausbildung und der Ausstattung im krassen Missverhältnis zu möglichen „Erfolgen“ steht. Wir wissen aus der Erfahrung anderer Bundesländer, dass die Betreuung der freiwilligen Bürgerstreifen die Polizei von ihrer eigent-

Fortsetzung auf Seite 2

## SCHLAGLICHTER\*

**Freitag, 9. November 2007**

**GdP lehnt die Einführung einer freiwilligen Bürgerstreife ab – GdP in Haldensleben**

Mitte Oktober machte eine Idee aus Haldensleben (Landkreis Börde) im Land die Runde und sorgte für ein unterschiedliches Echo bei Parteien und Gewerkschaften.

**Mittwoch, 7. November 2007**

**Die gute Nachricht ... – Erster GdP-Teilerfolg für Ruhestandsbeamte in Sachsen-Anhalt!**

Nach einer Information des Finanzministeriums, ist dieses nun doch bereit, teilweise das Urteil des Bundesverwaltungsgerichts zum § 14 a Beamtenversorgungsgesetz anzuerkennen.

**Donnerstag, 1. November 2007**

**Kfz-Versicherungs-Check – Starkes Angebot der GdP und der SIGNAL IDUNA**

Bei einem Versicherungswechsel lassen sich leicht etliche Euro pro Jahr einsparen. Der Kooperationsvertrag zwischen der SIGNAL IDUNA und der GdP macht dies möglich. Wer sich für die attraktive Offerte interessiert, sollte bal-

Fortsetzung auf Seite 2



*Das neue Jahr sieht mich freundlich an und ich lasse das alte mit seinem Sonnenschein und Wolken ruhig hinter mir.*

*Johann Wolfgang von Goethe*

Am Ende des Jahres ist es Zeit, zurückzublicken auf die Aufgaben, die wir im vergangenen Jahr zusammen gelöst haben. Für die gute Zusammenarbeit möchten wir uns auch auf diesem Wege bedanken. Wir schauen optimistisch in das neue Jahr – für das wir alles Gute, viel Erfolg, das notwendige Glück und vor allem Gesundheit wünschen.

Wir freuen uns auf eine weitere gute Zusammenarbeit.

Gewerkschaft der Polizei

Förderverein der GdP

*Karsten Schmidt*

*Uwe Petermann*

# Erster GdP-Teilerfolg für Ruhestandsbeamte in Sachsen-Anhalt! Personalentwicklungskonzept (PEK) in Diskussion

**Magdeburg.** Nach langem Kampf und zähem Ringen der GdP um die Erhöhungsgrundlage für den § 14a Beamtenversorgungsgesetz, ist das Finanzministerium seit dem 6. November 2007 vorerst bereit, zumindest für einen Teil der Ruhestandsbeamten im Land die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichtes von 2005 anzuerkennen und endlich die höheren finanziellen Ansprüche zu zahlen.

Demnach haben jetzt erst einmal die Beamten, die mit 35 Prozent ihrer ruhegehaltstfähigen Dienstbezüge über der amtsunabhängigen Mindestversorgung (65 Prozent aus der Besoldungsgruppe A 4 + 30,68 Euro), also über einem Betrag von ca.

1196,44 EUR liegen, eine höhere Ruhegehaltszahlung und ggf. Nachzahlungen zu erwarten.

Bisher wird und wurde bundesweit nur das erdiente Ruhegehalt mit dem § 14a Beamtenversorgungsgesetz vorübergehend erhöht.

Das Bundesverwaltungsgericht hatte aber zugunsten der Ruhestandsbeamten entschieden, dass nicht nur das erdiente Ruhegehalt zu erhöhen ist, sondern dass die Beamten einen Anspruch auf 35 Prozent Mindestversorgung haben und das dann auch diese Mindestversorgung von 35 Prozent mit den Ansprüchen aus dem § 14 a zu erhöhen ist.

**Magdeburg.** Am 29. Oktober 2007 war es endlich soweit. Vertreter des Innenministeriums (MI), Mitglieder der Gewerkschaften und Vertreter des Polizeihauptpersonalrates trafen sich zum ersten Mal zur Diskussion über die zukünftige echte Personalentwicklung in der Polizei (siehe auch DP 9/2007).

Zu Anfang machte Herr Vagedes (Referatsleiter 24, Personal in der Polizei) klar, dass das durch das MI vorgelegte Konzept in den Grundstrukturen und im Regelungsinhalt feststeht und lediglich im Feinschliff veränderbar wäre.

Durch die Vertreter der GdP wurde bemängelt, dass es offensichtlich nicht Wille des MI ist, Beförderungskonzepte und Stellenhebungskonzepte in einem echten PEK einzuarbeiten.

In einem am nächsten Tag folgendem Gespräch mit dem Ab-

teilungsleiter, Herrn Liebau, wurden dann auch die Rahmenbedingungen der Personalentwicklung (u. a. Umwandlung von Stellen des m. D. in den g. D.) näher definiert. Die Einarbeitung eines Beförderungskonzeptes wurde weiter abgelehnt.

In der Diskussion machten die Vertreter der GdP klar, dass eine Dienstvereinbarung nur sinnvoll ist, wenn die genannten Elemente in einem PEK verankert sind. Gleichzeitig wird die Erstellung des PEK durch uns kritisch, aber zielorientiert begleitet und durch eigene Ideen ergänzt. Dazu fand in der darauf folgenden Woche das nächste Gespräch statt, in dem die vorgelegten Punkte diskutiert wurden. Diese Diskussion wird im November fortgesetzt. Dann wird auch der Zeitpunkt kommen, die Inhalte konkreter darzustellen. **UP**

**Deutsche Polizei**

**Ausgabe:**  
Landesbezirk Sachsen-Anhalt

**Geschäftsstelle:**  
Halberstädter Straße 120  
39112 Magdeburg  
Telefon: (03 91) 6 11 60 10  
Telefax: (03 91) 6 11 60 11  
E-Mail: lsa@gdp-online.de

**Redaktion:**  
Lothar Jeschke (Vi.S.d.P.)  
Bahndamm 4  
06862 Thießen  
Telefon (dienstlich): (03 91) 2 50-20 91  
Telefax (dienstlich): (03 91) 2 50-19 20 91  
(privat Telefon): (03 49 07) 2 09 32  
(privat Fax): (03 49 07) 3 06 98  
E-Mail: LJeschke@t-online.de

**Verlag und Anzeigenverwaltung:**  
VERLAG DEUTSCHE  
POLIZEILITERATUR GMBH  
Forststraße 3a, 40721 Hilden  
Telefon (02 11) 71 04-1 83  
Telefax (02 11) 71 04-1 74  
Anzeigenleiter: Daniel Dias  
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 30 vom 1. Juni 2007

**Herstellung:**  
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG  
DruckMedien  
Marktweg 42-50, 47608 Geldern  
Postfach 1452, 47594 Geldern  
Telefon (0 28 31) 3 96-0  
Telefax (0 28 31) 8 98 87  
ISSN 0949-281X

## SCHLAGLICHTER\*

Fortsetzung von Seite 1

digst ein maßgeschneidertes Angebot einholen.

**Montag, 29. Oktober 2007  
GdP für Stellenhebungskonzept und erleichterten Aufstieg in allen Laufbahnen**

**Magdeburg.** Heute trafen sich zum ersten Mal Vertreter der Gewerkschaften und des Polizeihauptpersonalrates mit Mitarbeitern aus dem Innenministerium zur Erstellung eines echten Personalentwicklungskonzeptes (PEK) für die Polizei.

\* Unter dieser Überschrift werden kurze und prägnante Informationen aus den letzten Wochen veröffentlicht.

## GLBV

Fortsetzung von Seite 1

lichen Tätigkeit abhält. Die Vertreter der GdP machten deshalb den Vorschlag, Projekte zu entwickeln bzw. zu unterstützen, in denen an die Verantwortung aller Bürger appelliert und die Möglichkeiten der Bürger verbessert werden, mit den zuständigen Stellen in Kontakt zu treten, um Probleme der Ordnung und Sicherheit in den Griff zu bekommen.

Die Gesprächsteilnehmer kamen überein, die Entwicklung in Stade (Niedersachsen) zu beobachten. Dazu wird die GdP auch die Erfahrungen der Kolleginnen und Kollegen sammeln und mit den Stadtvätern austauschen. Weiterhin waren die Teilnehmer der Auffassung, darauf zu achten, dass auch zukünftig polizeiliche Aufgaben in Polizei-

hand bleiben und die möglichen Aufgaben der Bürgerdienste richtig dargestellt werden. **UP**

## RECHTSBERATUNG

Rechtsanwalt Frank Schröder führt auch im Monat Dezember Rechtsberatungen für GdP-Mitglieder im GdP-Landesbüro in der Halberstädter Straße 120 in 39112 Magdeburg, jeweils donnerstags, an folgenden Tagen durch:  
**6. 12. 2007,**  
von 14.00 bis 16.00 Uhr  
**13. 12. 2007,**  
von 9.00 bis 15.00 Uhr  
**20. 12. 2007,**  
von 9.00 bis 15.00 Uhr

Auch telefonische Anfragen unter Tel. 03 91/ 6 11 60 10 sind während dieser Zeit möglich.

GdP-FÖRDERVEREIN

# „Fröhliche“ Weihnachtsbaumbeschaffung

**Auch in diesem Jahr möchten wir uns gemeinsam mit Euch auf das Weihnachtsfest einstimmen, deshalb organisiert der Förderverein eine „Weihnachtsbaumbeschaffungsmaßnahme“ (Kauf).**

Diese findet am 9. Dezember 2007 ab 10.00 Uhr in Heinrichshorst (zwischen Colbitz und Angern), mitten im Wald, wieder mit einem fröhlichen Beisammensein, statt. Da die Schonung nicht mehr viel hergibt, werden wir Nordmantannen anliefern lassen, die dann käuflich erworben werden können. Die Bäume mussten zuvor bestellt werden und wurden in der Woche für uns frisch geschlagen. Ein Baum, etwa 2 bis 2,50 m lang, wird 30 bis 35 Euro kosten.

Um eine ausreichende Versorgung für Jung und Alt, Groß oder Klein sicherstellen zu können, ist es auch wieder erforderlich, dass alle Teilnehmer Gutscheine bei ihrer Bezirksgruppe erwerben. Jeder Erwachsene für 5,00 Euro und jedes Kind für 2,00 Euro, diese können dann vor Ort wieder in Speisen und Getränke umgesetzt werden. (Termin der Ausgabe wird noch mitgeteilt)

Bis spätestens 6. Dezember 2007 bitte wir um die Teilnehmermeldungen (Anzahl Erwachsene und Kinder mit Altersangabe) und um Mitteilung, wie viel Bäume gewünscht werden. Teilnehmermeldungen bitte an:

Carla.Thielecke@lka.pol.sachsen-anhalt.de  
Tel. (LKA) 79 72-10 33 (Amt 0 39 12 50-10 33), Fax: 79 72-19 10 33.



Impressionen von der letzten Weihnachtsbaumaktion in Heinrichshorst im Jahr 2006.

LANDESREDAKTION

## Mehr Information mit „Info Drei“

Wie machen die das eigentlich in Sachsen? Wie läuft es in Thüringen? Stecken die nicht auch in einer Strukturreform? Haben die Kollegen in Sachsen-Anhalt schon die blaue Uniform? Diese und ähnliche Fragen machen oft die Runde im Streifenwagen und bei den Pausengesprächen der Polizeibeschäftigten in Sachsen, Thüringen und Sachsen-Anhalt. Verlässliche Informationen sind meist nicht vorhanden oder schwer zu bekommen. So entstehen Gerüchte über die Arbeits- und Lebenssituation in der Polizei der angrenzenden Bundesländer.

Obwohl die drei Länder im Osten Deutschlands mit dem MDR eine gemeinsame Medienanstalt besitzen, fehlt es an einem polizeilichen Informationsverbund. Daran konnte auch

die vor einiger Zeit begründete Sicherheitskooperation (SIKOO) wenig ändern.

Was lag also näher, als diese Informationslücken wenigstens innerhalb der GdP zu füllen? Das dachten sich jedenfalls die drei GdP-Landesvorsitzenden und schlugen vor, es einmal mit einer gemeinsamen Seite in den Landesteilen der Mitgliederzeitschrift „Deutsche Polizei“ zu versuchen. Hier sollen vorrangig Themen einen Raum finden, die in allen drei Ländern von Interesse sind.

Ab Januar 2008 geht es los mit der gemeinsamen Seite. Sie wird den Titel „Info Drei“ tragen und leicht erkennbar sein. Leserbriefe mit Meinungen zu „Info Drei“ an die Landesredaktionen sind ausdrücklich erwünscht.

Lothar Jeschke

Happy Dinner Card<sup>®</sup>  
seit 1998

Angebot des Fördervereins  
der Gewerkschaft der Polizei Sachsen-Anhalt

Ich lade dich in Magdeburg ein!

Besuchen Sie die guten Adressen Ihrer Stadt und dinieren Sie zu zweit in gepflegter Atmosphäre. Die Dinner Card bietet Ihnen eine internationale Auswahl an kulinarischen Leckerbissen sowie kulturellen Highlights.

Lassen Sie sich geschmackvoll verwöhnen und sparen Sie jedes Mal ca. 50%!

10 JAHRE DINNER CARD

Erleben Sie gastronomische  
und kulturelle Höhepunkte  
und sparen  
jedensmal ca. 50%.

Über das Landesbüro der GdP,  
Tel. 0391 6116010 oder  
per Mail: isa@gdp-online.de

# „Deutsche Polizei“ ab 2008 mit neuem Layout

**Geldern. Leser von regelmäßig erscheinenden Druckerzeugnissen erkennen ihr „Leib- und Magenblatt“ schon aus einigen Metern Entfernung.**

Auch die Surfer im Internet identifizieren ihre Lieblingsseiten ohne genauer hinzuschauen. Der Grund für diesen Wiedererkennungswert ist rein optischer Natur – es ist das Layout, die grafische „Aufmachung“ des jeweiligen Mediums.

Das Layout hat noch mehr Funktionen, als die reine Wiedererkennung durch den Leser. Hier sei nur daran erinnert, dass auch Layout und Inhalt übereinstimmen müssen. Nun ist es allerdings nicht so, dass ein Layout immer und für alle Zeiten festgeschrieben sein muss. Es gibt bestimmte Traditionen, aber auch Entwicklungen, die vom Zeitgeschmack und den Lesegewohnheiten abhängen.

Auch unsere GdP-Zeitschrift „Deutsche Polizei“ (DP), obwohl nicht am Kiosk erhältlich, steht bei ihren Lesern in Kon-

kurrenz zu anderen Medien und kann sich von dieser Entwicklung nicht ausklammern. Deshalb sprach sich der GdP-Bundesvorstand für ein neues Layout der DP aus und fasste dazu einen Beschluss. Ab Januar 2008 wird die Mitgliederzeitschrift mit neuer Gestaltung, auch in den Landesteilen, erscheinen.

Das neue Layout und die vielen Gestaltungsmöglichkeiten, die es bietet, wurden eingehend auf der diesjährigen Landesredakteurstagung vom 29. bis 31. Oktober 2007 in Geldern vorgestellt und erörtert. Die wichtigste Änderung: Die Seiten werden nicht mehr vierspaltig, sondern dreispaltig gedruckt. Auch Überschriften, Linien, Farbflächen, die Anordnung der Fotos und der Titel wurden neu gestaltet. Außerdem wird die Zeitschrift auf deutlich hellerem Papier gedruckt.

Mit dem neuen Layout sollen auch die Termine des Redaktionsschlusses weiter an den Drucktermin herangeschoben



**Rembert Stolzenfeld, langjähriger Cheflayouter der DP, hat die neue Gestaltung entwickelt. Neben ihm die verantwortliche Redakteurin des DP-Bundesteils Marion Tetzner und ihre Mitarbeiterin Johanna Treuber. (v. r. n. l.).**

werden. Das bedeutet rationelle technische Abläufe, auch in den Landesredaktionen. Schließlich möchten die Leser der „Deutschen Polizei“ auch in Zukunft

ein Qualitätsprodukt in ihren Briefkästen vorfinden.

**Lothar Jeschke**

## KREISGRUPPE

### GdP-Bowling – auch in Wittenberg

Am 10. Oktober 2007 fand das jährliche Bowlingturnier der GdP-Reviergruppe Wittenberg, organisiert durch den Vorsitzenden Michael Hoffmann, statt.

Auch diesmal war eine Vielzahl von Kolleginnen und Kollegen des Polizeireviers Wittenberg dabei.

Mit eingeladen wurden die Mitarbeiter der Polizeistationen Coswig und Oranienbaum, die ab dem 1. Januar 2008 infolge der Polizeistrukturreform zum Revier Wittenberg gehören werden. Es wurden die drei besten Mannschaften sowie die beste Frau und der beste Mann prämiert.

Den 1. Platz bei der Mannschaftswertung belegten die „Bulls“ vom Verkehrsdienst. Der 2. Platz wurde von den „Dige Dags“ – Kriminalpolizei und der 3. Platz von der Mannschaft, „Jessener Volltreffer“ – Revierkommissariat Jessen, erkämpft. Den 1. Platz in der Einzelwertung der Frauen konnte sich die Kollegin Heike Stark aus der Revierstation Coswig sichern. Erster bei den Männern wurde Thomas Eißner aus dem Polizeirevier Wittenberg.

Ich hoffe, dass alle Kollegen, die an dem Bowlingturnier teilgenommen haben, viel Spaß und Vergnügen hatten.

**Michael Hoffmann**



**Glückwünsche und ein Blumenstrauß zum Turniersieg vom Kreisgruppenvorsitzenden Michael Hoffmann.**

## SENIORENTREFF

Am 11. Dezember 2007 um 16.00 Uhr findet im Brauhaus Wittenberg, Markt 6, im „Restaurant Schalander“ unser Jahresabschluss 2007 statt.

Hierbei werden wir auch interessante Hinweise zur Prävention erhalten. Der Vorstand der GdP-Seniorengruppe Wittenberg lädt hierzu herzlich ein und erwartet eine rege Teilnahme.

**Peter Lembke, Vorsitzender der Seniorengruppe**

BILDUNGSREISE

# Wie funktioniert die Europäische Union?

**Jeder hat sicher schon bemerkt, welchen Einfluss Regelungen der Europäischen Union (EU) auf die Politik in Deutschland und damit auf unser Leben haben. Manchem fallen zwar nur die Agrarsubventionen und EU-Normen für Äpfel ein. Aber die EU bestimmt noch viel mehr. Zwei Kolleginnen aus dem Landeskriminalamt Sachsen-Anhalt wollten es genauer wissen und fuhren selbst zum Sitz des Europäischen Parlaments nach Straßburg (Die Landesredaktion).**

In der Zeit vom 9. bis 11. Juli 2007 nahmen wir, Susanne Hartung und Susanne Wendt, an einer Bildungsreise nach Straßburg teil. Das Ziel dieser Reise war es, den Teilnehmern den europäischen Gedanken näher zu bringen und sie mit der europäischen Politik vertraut zu machen. Durch eine Information (Newsletter) des Landesfrauenrates Sachsen-Anhalt, der Dachorganisation von 35 überregional tätigen Frauenverbänden und -vereinen, sind wir auf dieses Angebot aufmerksam geworden.

## Reisebeginn in Erfurt

Initiiert wurde die Reise von den Abgeordneten Gisela Kallenbach und Milan Horáček von der Partei „Die Grünen/Europäische Freie Allianz“ im Europäischen Parlament. Die Organisation der Reise übernahm das Abgeordnetenbüro dieser Europaabgeordneten in Erfurt. Deshalb begann unsere Reise dann auch am 9. Juli in Erfurt.

Um möglichst viel über die Europapolitik zu erfahren, hatten wir einen bestimmten Rahmen abgesteckt. Dazu gehörte ein Besuch des Europäischen Parlamentes mit der anschließenden Teilnahme an einer Plenarsitzung, Gespräche mit den Abgeordneten Gisela Kallenbach und Milan Horáček sowie ein Besuch des Europarates.

Bei den Besuchen des Europäischen Parlamentes und des Europarates erklärte man uns nicht nur wie die europäische Politik im allgemeinen funktioniert, sondern es wurde auch

darauf hingewiesen, dass diese Politik Auswirkungen auf jeden einzelnen Bürger hat, also uns alle betrifft.

Wer sich näher darüber informieren möchte, dem empfehlen wir zunächst den Besuch der einzelnen Internetseiten, mit deren Hilfe wir die nachfolgenden Informationen kurz und kompakt zusammengestellt haben.

Das Europäische Parlament ist das einzige direkt gewählte Organ der Europäischen Union. Seine 785 Mitglieder vertreten die Bürger der Europäischen Union. Sie werden alle fünf Jahre von Wählern aus allen 27 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union für deren insgesamt 492 Millionen Einwohner gewählt.

Die Arbeit des Europäischen Parlamentes ist wichtig, da in vielen Politikbereichen die Beschlüsse über neue europäische Rechtsvorschriften vom Parlament und vom Ministerrat, der die Mitgliedsstaaten vertritt, gemeinsam verabschiedet werden.

Das Parlament spielt eine aktive Rolle bei der Ausarbeitung von Rechtsvorschriften, die Auswirkungen auf den Lebensalltag der Bürger haben, beispielsweise in den Bereichen Umweltschutz, Verbraucherrechte, Gleichberechtigung, Verkehr sowie Freizügigkeit von Arbeitnehmern, Kapital, Waren und Dienstleistungen. Ebenso ist das Parlament gemeinsam mit dem Rat für den Haushalt der Europäischen Union zuständig.

Mit dem Instrument der Bürgeranfrage erhält jeder Bürger die Möglichkeit, Kontakt mit dem Europäischen Parlament aufzunehmen. Alle eingehenden



**Das Gebäude des Europäischen Gerichtshofes für Menschenrechte beeindruckt durch seine futuristische Architektur.**

Anfragen werden vom Parlament beantwortet. Dies geschieht über einen elektronischen Briefkasten auf der Internetseite des Europäischen Parlamentes.

## Bürger haben Petitionsrecht

Jeder Bürger der Europäischen Union oder jede Person mit Wohnort in einem Mitgliedsstaat der Europäischen Union kann außerdem, allein oder zusammen mit anderen Personen, in Angelegenheiten, die in die Tätigkeitsbereiche der Union fallen und die ihn oder sie unmittelbar betreffen, eine Petition an das Europäische Parlament richten. Auch Unternehmen, Organisationen oder Vereinigungen mit Sitz in der Europäischen Union können dieses Petitionsrecht ausüben, das durch den EU-Vertrag garantiert ist.

Eine Petition kann als Beschwerde oder Ersuchen abgefasst sein und sich auf Angelegenheiten von öffentlichem oder privatem Interesse beziehen.

In der Petition kann ein individuelles Ersuchen, eine Beschwerde oder Bemerkung zur Anwendung des EU-Rechts oder eine Aufforderung an das Europäische Parlament, zu einer bestimmten Angelegenheit Stellung

zu nehmen, dargelegt werden. Solche Petitionen geben dem Europäischen Parlament Gelegenheit, auf Verletzungen der Rechte eines Unionsbürgers durch einen Mitgliedsstaat oder lokale Gebietskörperschaften oder eine sonstige Institution hinzuweisen.

Der Europarat ist die älteste zwischenstaatliche Organisation Europas, die die größte Anzahl an europäischen Staaten umfasst: In ihm sind 46 Mitgliedsstaaten, und damit mehr als 800 Millionen Europäer vertreten. Er ist vollständig unabhängig von der Europäischen Union, arbeitet jedoch in gewissen Bereichen mit ihr zusammen. Auch sind die 25 Mitgliedsstaaten der Europäischen Union ebenso Mitglieder des Europarates. Dieser setzt sich hauptsächlich für den Schutz der Menschenrechte und eine Verbreitung demokratischer Werte ein. Der Europarat besteht aus zwei Organen, dem Ministerkomitee und der Parlamentarischen Versammlung, sowie aus drei Institutionen, dem Europäischen Gerichtshof für Menschenrechte, dem Kommissar für Menschenrechte und dem Kongress der Gemeinden und Regionen Europas, zusammen. Geleitet und koordiniert werden die Ak-

*Fortsetzung auf Seite 6*

# „Mord mit Messer und Gabel“

**Magdeburg.** Ganz so drastisch klang die Eröffnung des stellvertretenden Direktors der Landesbereitschaftspolizei (LBP), Rigo Klapa, nicht zum 1. Gesundheitstag. Aber er machte sehr wohl in seiner Eröffnungsrede darauf aufmerksam, dass schlechte Ernährung mehr als nur krank machen kann.

Gesundheitstage in den Dienststellen sind eine Gelegenheit, das Gesundheitsmanagement in der Polizei für alle erlebbar zu machen.

Die Organisatoren dieses 1. Gesundheitstages in der LBP zeigten den Beschäftigten viele praktische Beispiele, wie sie ihre Gesundheit selbst beeinflussen können. Die Angebote gingen über Beratungen zur gesunden Ernährung, Methoden zum Stressabbau, sportliche Übungen

bis zu Vorträgen zum Problem des Übergewichts und des Herzinfarktes.

Rundum ein gelungenes Angebot, das an diesem Tag auch von sehr vielen Kolleginnen und Kollegen genutzt wurde.

Die GdP-Bezirksgruppe der Landesbereitschaftspolizei beteiligte sich nicht nur finanziell am Gesundheitstag, sie war auch mit einem Infostand vor Ort. Die Kollegen informierten über die Einflussmöglichkeiten der Gewerkschaft bei der Umsetzung des Gesundheitsmanagements in der Polizei. Sie gaben aber auch Auskünfte zur Realisierung der im letzten Jahr vom Polizeihauptpersonalrat abgeschlossenen Dienstvereinbarungen zur familienfreundlichen Arbeitszeit, zum Eingliederungsmanagement und zum



Die GdP-Bezirksgruppe der Landesbereitschaftspolizei beteiligte sich mit einem Informationsstand am Gesundheitstag.

Entwurf der Dienstvereinbarung zum partnerschaftlichen Verhalten, der zurzeit im Poli-

zeihauptpersonalrat diskutiert wird. In diesem Sinne – auf zum 2. Gesundheitstag! **VR**

## BILDUNGSREISE

Fortsetzung von Seite 5

tivitäten der Organisation vom Generalsekretär des Europarates.

### Eindrücke von einer Plenarsitzung

Besonders eindrucksvoll war der Besuch einer Plenarsitzung im Europäischen Parlament. Hier wurde der Bericht des Abgeordneten Jacek Protasiewicz diskutiert. Der Titel lautete: „Ein modernes Arbeitsrecht für die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts“. In diesem Bericht ging es hauptsächlich um die Arbeitsbedingungen in Europa. Stichworte waren: „Flexisecurity“, Scheinselbstständigkeit und die KMU, also die kleinen und mittleren Unternehmen.

Während der Plenarsitzung bekamen wir einen ersten Eindruck, wie der technische Ablauf einer solchen Sitzung ist. Zum

Beispiel über die Sitzverteilung im Parlament und wie die Redezeit der einzelnen Abgeordneten aufgeteilt ist.

Zu solchen und anderen Fragen standen die Abgeordneten Gisela Kallenbach und Milan Horáček den Reiseteilnehmern in den nachfolgenden Gesprächen Rede und Antwort. In diesen Gesprächen konnten wir außerdem einen Einblick in den Arbeitsalltag eines Europaabgeordneten nehmen.

Als Fazit können wir festhalten, dass diese Reise für uns außerordentlich interessant und aufschlussreich war. Wir haben viele Eindrücke gewonnen, die außerhalb solcher organisierter Reisen nicht möglich sind. Die täglichen Nachrichten über Europa verfolgen wir seitdem mit einem fachlich angereicherten Hintergrund.

Wir können nur jedem empfehlen, auch einmal an einer solchen Reise teilzunehmen.

**Susanne Hartung**  
**Susanne Wendt**

### Interessante Links zu Bildungsreisen zum Sitz des EU-Parlaments:

- <http://www.landesfrauenrat.de/website.php>
- [http://www.europarl.europa.eu/news/public/default\\_de.htm?redirection](http://www.europarl.europa.eu/news/public/default_de.htm?redirection)
- [http://www.strasbourg-europe.com/de/institutions/institutions\\_coe.asp?niv=BIS&ID=86&lien=institutions\\_coe.asp](http://www.strasbourg-europe.com/de/institutions/institutions_coe.asp?niv=BIS&ID=86&lien=institutions_coe.asp)
- <http://www.gruene-europa.de/cms/default/rubrik/11/11185.htm>

## REDAKTIONSSCHLUSS

Redaktionsschluss für die Ausgabe 1/2008 ist

**Sonnabend, 1. Dezember 2007.**

Für Manuskripte, die unverlangt eingesandt werden, kann keine Garantie übernommen werden. Anonyme Zuschriften werden nicht veröffentlicht.

**Die Landesredaktion**

## SONDERZAHLUNG

Mit den Bezügen für den Monat Dezember wird den Beamtinnen und Beamten in Niedersachsen eine einmalige Sonderzahlung in Höhe von 860 Euro, den Pensionären in Höhe von 614 Euro und den Anwärtern in Höhe von 250 Euro gezahlt.

Auch Beamtinnen und Beamte, die sich in Elternzeit befinden, können diese Sonderzahlung erhalten.

Quelle: Deutsche Polizei, Landesteil Niedersachsen, 11/2007

**RECHTSSCHUTZ**

**Falschbetankung – nicht immer regresspflichtig!**

Bedienstete werden immer häufiger wegen Schäden durch Falschbetankung vom Dienstherrn in Regress genommen. Dabei beziehen sich die Behörden auf ein Urteil des Oberverwaltungsgerichtes Rheinland-Pfalz vom 20. Februar 2004, welches davon ausgeht, dass die fehlerhafte Betankung eines Dienstfahrzeuges regelmäßig aus grober Fahrlässigkeit erfolgt.

Allerdings kann auch nach Auffassung des Gerichts bei Vorliegen besonderer Umstände ein minderschwerer Schuldvorwurf angemessen sein, wie z. B. einsatzbedingte Eilbedürftigkeit oder überlange Dienstzeiten.

Völlig anders hat das Sächsische Landesarbeitsgericht mit einem Urteil vom 26. April 2006 entschieden. Es geht davon aus, dass der Griff zur falschen Zapfpistole eine lediglich augenblickliche Fehlleistung darstellt und somit allenfalls als normal fahrlässig bezeichnet werden kann. Auch das Verwaltungsgericht Magdeburg führte in einem Urteil vom 28. September 2006 an, dass der Sinn und Zweck des § 78 BG LSA darin besteht, dass die Beamten nicht das Risiko von Fehlern tragen sollen, die im langjährigen Dienst jedem einmal unterlaufen können. Derartige Fehler fallen nach Sinn und Zweck des Gesetzes in den Risikobereich des Dienstherrn.

Quelle: Mitteilung der Signal IDUNA Versicherung

**Zulage ersatzlos gestrichen**

Infolge der Föderalismusreform und entsprechender Änderung des Grundgesetzes ist die Zuständigkeit für die Besoldung und Versorgung der Landes-, sowie Kommunalbeamten und -beamtinnen, Richterinnen und Richter auf das Land übergegangen. Mit dem Inkrafttreten des Landesbesoldungsgesetzes

**SEMINARE 2008**

Auch im Jahre 2008 bietet die GdP in Zusammenarbeit mit dem ver.di-Bildungswerk Sachsen-Anhalt ein Seminarprogramm für Personalräte an. Personalräte haben nach §§ 45, 42 Abs. 1 PersVG LSA die Möglichkeit, die Teilnahme eines

Mitglieds oder mehrerer Mitglieder an Schulungen zu beschließen, wenn dort für die Tätigkeit als Personalrat erforderliche Kenntnisse vermittelt werden. In formeller Hinsicht ist dafür lediglich ein Beschluss des Personalrates notwendig.

Die Anmeldungen laufen über das ver.di-Bildungswerk. Ein Anmeldeformular haben wir beigelegt.

Nachfolgende Veranstaltungen sind geplant:

Titel	Datum	Ort	Seminargebühr	ÜN/Vpfl.
LPersVG Einführung	13.-15.2.2008	MD	200 Euro	85 Euro TP
LPERSVG AufbauSeminar	12.-14.3.2008	NMB	200 Euro	165 Euro
Beamtenrecht	16.-17.4.2008	MD	150 Euro	85 Euro TP
Arbeitsrecht I Einführung	13.-15.2.2008	MD	200 Euro	85 Euro TP
Arbeitsrecht II Aufbau	26.-28.5.2008	NMB	200 Euro	165 Euro
Arbeitsrecht Aktuell	17.4.2008	MD	85 Euro	28 Euro
Eingruppierung TV-L	11.2.2008	MD	85 Euro	28 Euro
im Schwebestand	3.4.2008	MD	85 Euro	28 Euro
Teilzeit und Befristung	17.3.2008	MD	85 Euro	28 Euro
AGG-Allg. Gleichbehandlungsgesetz	28.2.2008	MD	85 Euro	28 Euro
Leistungs- u. erfolgsorientierte Vergütung nach dem TVöD/TV-L	27.-28.3.2008	MD	150 Euro	125 Euro

Bitte abtrennen und an uns senden!

Lt. § 33 BDSG werden Ihre personenbezogenen Daten bei uns gespeichert.

**Anmeldung** Bildungswerk ver.di Sachsen-Anhalt e.V. - Nachtweide 82 - 39124 Magdeburg - Tel. 0391/ 288 888 48 - Fax 0391/ 288 888 93

Seminar-Nummer	Thema	in	vom	bis
Name, Vorname		Straße, Nr.		
		PLZ, Ort		
		E-Mail		
		Arbeitgeber		
		Straße, Nr.		
		PLZ, Ort		
		Tel. Firma	Tel. Privat	
		Datum	Unterschrift	

Bildungswerk ver.di  
Sachsen-Anhalt e.V.  
Nachtweide 82  
39124 Magdeburg

am 1. August 2007 finden in Sachsen-Anhalt die §§ 45,46 BBesG keine Anwendung mehr. Die Rechtsgrundlage für die Zahlung von Zulagen für die Wahrnehmung befristeter Funktionen (§ 45 BBesG) bzw. für die Wahrnehmung eines höherwertigen Amtes (§ 46 BBesG) liegt nicht mehr vor. Anträge auf Zulagen für die

Zeit nach dem 1. August 2007 werden daher nicht mehr bewilligt. Die Gewährung für Beamtinnen und Beamte, die bereits eine Zulage erhalten, wird für die Zeit nach Inkrafttreten des Gesetzes widerrufen.

*Alan Morris*

**„Notfalls muss hier auch von der Polizeiführung ein lautstarker und in der Öffentlichkeit geführter Dissens mit den politisch Verantwortlichen in Kauf genommen werden.“**

Bernd Stege in Deutsche Polizei, Landesteil Bremen, 11/2007, zu Protesten von Polizeibeamten gegen die hohe Dienstbelastung.



**RENAULT**  
CRÉATEUR D'AUTOMOBILES

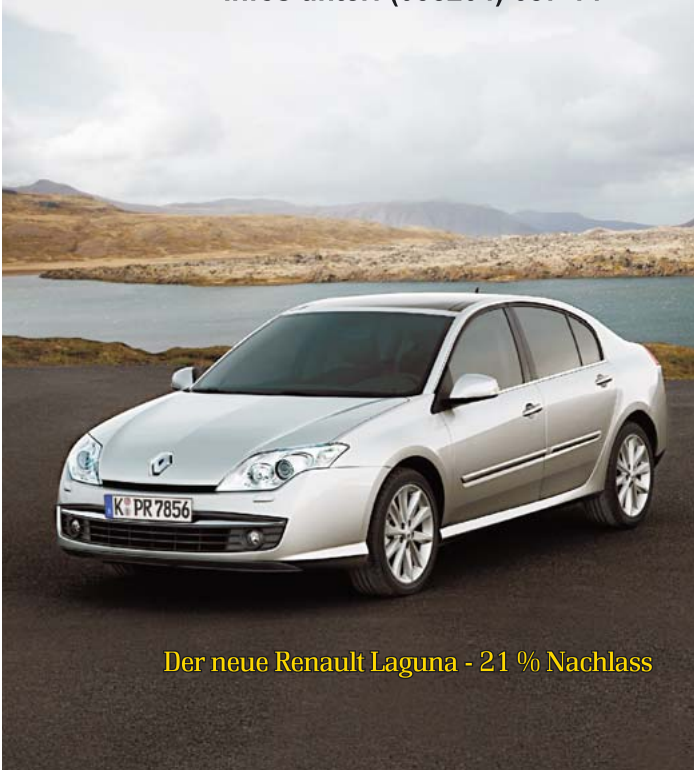


mit bis zu **28 %**  
**PSW-Vorteil!**



Das PSW hat für Sie mit RENAULT Deutschland ein Rahmenabkommen geschlossen, welches Ihnen Preisnachlässe bis zu 28 % garantiert. Und so einfach funktioniert's: Sie suchen sich bei Ihrem RENAULT-Händler Ihr gewünschtes Fahrzeug aus und wir schicken dem Händler den Berechtigungsschein, der Ihnen die Vorteile aus dem Vertrag sichert. Das Fahrzeug wird Ihnen von Ihrem Händler vor Ort geliefert und das in ganz Deutschland!

**Infos unter: (035204) 687-14**



Der neue Renault Laguna - 21 % Nachlass

